

Sitzungsniederschrift

18. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich (Raum 1.106)		
Sitzungsdatum: 13.05.2019	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Vertretung für Frau Angelika Albers
Bargmann, Bodo	CDU	
Biller, Anita	SPD	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Ihnen, Hermann	SPD	
Stauß, Detlef	AfD	
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Herrn Gerhard Hoffmann
Tammen, Harald	CDU	
Ubben, Hilde	AWG	
Wirsik, Petra	GRÜNE	Vertretung für Frau Agnes Bracklo
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Reinhard Warmulla
Beratende Mitglieder		
Hülsebus, Dieter		
Krull, Hilde		
Pieschke, Bärbel		
Tobiassen, Bernd		

Nicht anwesend:

Mitglieder

Albers, Angelika GRÜNE

Bienhoff-Topp, Ida

Bracklo, Agnes GRÜNE

Hoffmann, Gerhard FW

Grundmandat

Warmulla, Reinhard DIE LINKE.

Beratende Mitglieder

Bagusat, Klaus-Dieter

Eiben, Florian

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

-
1. Eröffnung der Sitzung

 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

 3. Feststellung der Tagesordnung

 4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.03.2019 - öffentlicher Teil -

 5. Einwohnerfragestunde

 6. Stationäres Hospiz Norden; Bericht über den Sachstand

 7. Hebammenzentrale; Bericht über den Sachstand

 8. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

 9. Einwohnerfragestunde

 10. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Kleinert eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.



TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzende Kleinert stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzende Kleinert informiert die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung darüber, dass heute Morgen zwei Anträge der Kreistagsfraktion „FW/FDP“ eingegangen sind. Der erste Antrag hat die finanzielle Unterstützung von Hebammen während ihrer Ausbildung zum Inhalt. Sie schlägt vor, den Antrag vorerst an die Fraktionen zu verweisen.

Abgeordneter Strömer befürwortet eine vorherige Beratung in den jeweiligen Fraktionen und bittet darum, den Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu behandeln.

Vorsitzende Kleinert gibt zu bedenken, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ausschließlich der Tagesordnungspunkt „Gesundheitsregion Ostfriesland“ behandelt werden soll, sodass die beiden Anträge erst in der darauffolgenden Sitzung thematisiert werden können. Im zweiten Antrag bittet die Kreistagsfraktion „FW/FDP“ um eine Auswertung hinsichtlich der im Landkreis Aurich ansässigen Hilfsorganisationen. Die Auswertung soll unter anderem Aufschluss darüber geben, wie viele Hilfsorganisationen im Kreisgebiet ansässig sind bzw. ob seitens der Kreisverwaltung eine finanzielle Unterstützung geleistet wird. Auch soll gegebenenfalls nach Optimierungsmöglichkeiten oder Möglichkeiten für die Ausweitung des Angebotes gesucht und darüber entschieden werden.

Abgeordneter Strömer schlägt vor, auch diesen Antrag zur vorherigen Beratung an die Fraktionen zu verweisen.

Nach Auffassung des **Abgeordneten Bargmann** kann eine Beratung innerhalb der Fraktionen erst dann erfolgen, wenn die Verwaltung die geforderten Informationen zusammengestellt hat.

Abgeordneter Strömer regt an, den Antrag direkt an die Fraktionen zu verweisen.

Abgeordneter Bargmann erklärt, dass eine Beratung innerhalb der Fraktionen ohne die benötigte Auswertung der Verwaltung keinen Sinn macht.

Abgeordneter Strömer bittet darum, die geforderte Auswertung dem Protokoll beizufügen.

VR Müller verweist auf den jährlichen Bericht des Sozialamtes. In diesem Bericht sind die Hilfsorganisationen, welche seitens des Landkreises Aurich eine finanzielle Förderung erhalten, aufgelistet. Des Weiteren können dem Jahresbericht sowohl die Höhe der einzelnen Förderungen als auch die Entwicklung der Förderungshöhe entnommen werden. Unabhängig davon wird die Verwaltung eine Auswertung vornehmen.



Anschließend wendet **Vorsitzende Kleinert** sich an die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung mit der Frage, ob gegen die Tagesordnung Einwände bestehen.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Anschließend begrüßt **Vorsitzende Kleinert** Frau Müller und Herrn de Vasconcelos vom Unternehmen „Mission:Lebenshaus“ sowie Frau Bitiq, Frau Fischer und Herrn Dr. Bredtmann vom Verein „Stationäres Hospiz Norden e.V.“

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.03.2019 - öffentlicher Teil -**

Abgeordneter Strömer beanstandet die Ausführungen auf Seite 4 der Niederschrift. Im Protokoll heißt es, dass die Partei „Die Grünen“ im Jahre 2005 die Einrichtung einer Gesundheitsregion Ostfriesland gefordert haben. Tatsächlich haben jedoch die „Freien Wähler“ die Einrichtung einer „Gesundheitsregion Ostfriesland“ gefordert. Die Partei „Die Grünen“ hat erst später im Jahre 2012 diese Thematik aufgegriffen.

Anschließend lässt **Vorsitzende Kleinert** über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 20.03.2019 -öffentlicher Teil- wird einstimmig bei vier Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Stationäres Hospiz Norden; Bericht über den Sachstand**

Frau Bitiq vom „Förderverein Stationäres Hospiz Norden e.V.“ berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den aktuellen Entwicklungsstand hinsichtlich der Errichtung eines stationären Hospizes im Landkreis Aurich. Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Der Förderverein „Stationäres Hospiz e.V.“ möchte mit seinem Engagement ein würdevolles Leben bis zum letzten Augenblick ermöglichen. Derzeit beschränkt sich das Angebot im Landkreis Aurich auf eine Palliativstation mit fünf Betten an der Ubbo-Emmius-Klinik in Norden sowie zwei ambulanten Hospizdienste mit Sitz in Aurich und Norden. Darüber hinaus gibt es drei SAPV-Dienste (spezialisierte ambulante Palliativversorgung) und ein Tageshospiz, welches an den Hospizdienst in Aurich angegliedert ist. Ein stationäres Hospiz wird derzeit im Landkreis Aurich nicht vorgehalten. Der För-



derverein „Stationäres Hospiz Norden e.V.“, welcher im Jahre 2016 gegründet wurde, möchte diese Versorgungslücke schließen. Der Förderverein hat derzeit 388 Fördermitglieder. In der jüngsten Vergangenheit hat sich der Förderverein mit der Suche eines passenden Baugrundstückes beschäftigt und eine wirksame Öffentlichkeits- sowie Netzwerkarbeit betrieben. Im Rahmen dieser Arbeit hat sich eine erstaunlich hohe Spendenbereitschaft entwickelt. Die zu verzeichnende Spendenbereitschaft ist darauf zurückzuführen, dass viele Menschen die Errichtung eines stationären Hospizes im Landkreis Aurich unterstützen. Bereits im Jahre 2016 wurde der Kontakt zum Unternehmen „Mission:Lebenshaus“ gesucht, um eine fachkundige Beratung einzuholen. Seit Herbst 2018 erfolgt eine Unterstützung des geplanten Projektes als Betreiber. Darüber hinaus konnte in Norden ein Investor gefunden werden, welcher für die Umsetzung der Planungen liquide Mittel zur Verfügung stellt. Vor zwei Jahren hatte sich der Landkreis Aurich dazu bereit erklärt, für den Bau ein Baugrundstück zur Verfügung stellen. Aufgrund von hemmenden Bedingungen musste der Förderverein seine Perspektivwechsel hinsichtlich eines passenden Baugrundstückes erweitern. Daraufhin hat sich die Rederei Frisia, vertreten durch Herrn Stegman, bereit erklärt, ein Grundstück in Form einer Erbpacht anzubieten. Die Grundsteinlegung wird noch für dieses Jahr angestrebt. Eine weitere Unterstützung durch den Landkreis Aurich in Form einer finanziellen Zuwendung aber auch im Hinblick auf die wichtige Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere im südlichen Kreisgebiet, ist von enormer Bedeutung.

Vorsitzende Kleinert bedankt sich bei Frau Bitiq für den Vortrag.

Anschließend informieren **Frau Müller** und **Herr de Vasconcelos** anhand einer Power-Point-Präsentation die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über die Arbeit des Unternehmens „Mission:Lebenshaus“. Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Frau Müller erklärt, dass das Unternehmen sein erstes Hospiz im Jahre 2011 in Jever errichtet hat. In den Jahren 2012 bis 2018 erfolgte die Gründung drei weiterer Hospize an den Standorten Falkenburg, Wilhelmshaven und Varel. Eine Besonderheit stellt dabei das Hospiz in Wilhelmshaven dar, welches auf die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet ist. Der Unterschied zu einem Hospiz für Erwachsene besteht darin, dass Kinder beziehungsweise Jugendliche bereits ab dem Tag der Diagnose aufgenommen werden können. Dabei handelt es sich oftmals um Entlastungsaufenthalte, welche auch der Unterstützung von betroffenen Eltern dienen. Nicht nur den erkrankten Kindern und Jugendlichen, sondern auch den Angehörigen wird ein Aufenthalt im Hospiz ermöglicht. Im Bereich des Kinder- und Jugendhospizes müssen ca. 40 bis 50 % der Kosten durch Spenden aufgebracht werden. Bei der Betreuung von Erwachsenen liegt der Anteil bei 15 bis 20 %. Die Verwaltung erfolgt durch drei Fördervereine und zwei Gesellschafter. Der verbleibende Anteil wird mit den Krankenkassen abgerechnet. Darüber hinaus sind für die „Mission:Lebenshaus“ ca. 160 Ehrenamtliche tätig. Ohne eine ehrenamtliche Unterstützung könnten die einzelnen Hospize nicht betrieben werden.

Herr de Vasconcelos stellt anhand einer tabellarischen Aufstellung für das Hospiz in Varel den aufzubringenden Eigenanteil, welcher durch Spenden und Zuschüssen finanziert wird, dar. Die Landkreise Friesland und Wesermarsch beteiligen sich an der Finanzierung mit einem jährlichen Volumen in Höhe von jeweils 150.000,00 €.

Vorsitzende Kleinert bedankt sich bei Frau Müller und Herrn de Vasconcelos für den ausführlichen Vortrag. Darüber hinaus bittet sie um eine Einschätzung hinsichtlich der Versorgungssituation im Landkreis Aurich.



Nach Meinung von **Frau Bitiq** ist der Bedarf im Landkreis Aurich unter Berücksichtigung des derzeitigen Angebotes im Bereich der Hospizarbeit nicht hinreichend gedeckt.

Vorsitzende Kleinert stimmt der Einschätzung zu und vertritt die Auffassung, dass die breite Mehrheit der Bevölkerung im gesamten Kreisgebiet die Einrichtung eines Hospizes begrüßen würde. Vorab gilt es jedoch die finanzielle Unterstützung durch den Landkreis Aurich zu beziffern.

Herr de Vasconcelos erklärt, dass noch kein abschließender Kostenplan vorliegt. Eine vollumfängliche Kostenaufstellung kann unter anderem erst dann vorgenommen werden, wenn die genaue Beschaffenheit des Baugrundstückes analysiert werden konnte. Folglich kann zum jetzigen Zeitpunkt noch kein genauer Zuschussbedarf durch den Landkreis Aurich ermittelt werden. Im Hinblick auf die finanzielle Unterstützung des Hospizes in Varel durch die Landkreise Friesland und Wesermarsch würde eine Beteiligung durch den Landkreis Aurich mit einem Zuschussvolumen von 300.000,00 € eine maßgebliche Unterstützung darstellen.

Abgeordnete Altmann fragt nach, ob ein eventueller Zuschuss in Höhe von 300.000,00 € sich allein auf die Baukosten bezieht oder ob die Kosten für das Grundstück bereits in dieser Kalkulation mit inbegriffen sind.

Herr de Vasconcelos erklärt, dass sich ein Zuschuss in dieser Höhe allein auf die reinen Baukosten beziehen würde. Die Kosten für das Grundstück in Form einer Erbpacht können aufgrund noch andauernder Verhandlungen derzeit noch nicht genau ermittelt werden.

Nach Auffassung der **Abgeordneten Altmann** setzt eine finanzielle Beteiligung durch den Landkreis Aurich eine vorherige Kostenaufstellung auch im Hinblick auf mögliche Folgekosten voraus. Ebenfalls bittet sie um genauere Informationen darüber, ob das geplante Hospiz nur Erwachsene aufnehmen wird oder ob auch eine Ausrichtung auf die Betreuung von Kindern und Jugendlichen geplant ist.

Frau Müller erklärt, dass eine gemeinsame Einrichtung sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfs- bzw. Versorgungsansprüche nicht optimal wäre und deshalb nicht in Betracht gezogen wird.

Nach Meinung des **Abgeordneten Bargmann** herrscht eine mehrheitliche Einigkeit darüber, dass ein Hospiz im Landkreis Aurich erforderlich ist. Das Thema der Notwendigkeit ist damit geklärt. Der Kreistag hat im Dezember 2018 den Beschluss gefasst, dass seitens des Landkreises Aurich für die Umsetzung ein Grundstück an der Ubbo-Emmius-Klinik zur Verfügung gestellt wird. Allerdings ist dieses Grundstück für den Bau eines Hospizes nicht geeignet. Nun gilt es auf die neue Situation kurzfristig zu reagieren, damit die geplante Grundsteinlegung im diesem Jahr auch tatsächlich umgesetzt werden kann. Deshalb sollten die jeweiligen Fraktionen zeitnah über eine mögliche finanzielle Unterstützung des Vorhabens beraten.

Abgeordneter Strömer stimmt den Aussagen des Abgeordneten Bargmann zu. Allerdings sollte vorab definiert werden, inwieweit eine Zusammenarbeit mit dem Hospiz in Emden in Erwägung gezogen wird.

Frau Müller erklärt, dass die „Mission: Lebenshaus“ eng mit dem Hospiz in Emden kooperiert und einen regelmäßigen Austausch pflegt. Die Einrichtung eines Hospizes stellt immer ein Zusatzangebot zu dem bereits vorhandenen Angebot dar. Vor der Eröffnung des Hospizes in Varel wurde darüber diskutiert, ob dieses Hospiz tatsächlich benötigt wird. Bereits am Tag der Eröffnung lagen 30 Anfragen vor. Seitdem ist das Haus voll belegt.

Frau Bitiq gibt zu bedenken, dass in der Realität oftmals betroffene Menschen in Alten- bzw. Pflegeheimen untergebracht werden. Dabei handelt es sich nicht selten um Menschen, welche gerade mal über 40 Jahre alt sind. Diese Situation stellt auch für die Pflegekräfte und die Angehörigen eine enorme Belastung dar.

Nach Meinung der **Abgeordneten Seelgen** sollte jeder Mensch ein Recht auf ein würdevolles Leben bis zum letzten Augenblick haben. Der Bedarf für ein Hospiz im Landkreis Aurich ist ohne jeglichen Zweifel vorhanden. Der Landkreis Aurich sollte sich daher an der Finanzierung beteiligen.

Abgeordnete Altmann befürwortet ebenfalls eine Unterstützung durch den Landkreis Aurich. Sie bittet um weitere Informationen, inwieweit die Betreuung von erkrankten Kindern aus dem Landkreis Aurich sichergestellt ist.

Frau Müller sieht für das Bundesland Niedersachsen keinen Bedarf für ein weiteres Hospiz für Kinder und Jugendliche. In Niedersachsen gibt es derzeit zwei stationäre Hospize, welche auf die Betreuung von erkrankten Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind. Die insgesamt 24 vorhandenen Plätze sind erfahrungsgemäß während der Ferienzeiten belegt. Außerhalb dieser Zeiten ist im Durchschnitt betrachtet keine Vollbelegung zu verzeichnen.

Herr Hülsebus erklärt, dass auf Grundlage der aktuell vorliegenden Kalkulation mit einem Finanzvolumen in Höhe von ca. 1,4 Millionen Euro zu rechnen ist. 50 % der Finanzierung konnte bereits sichergestellt werden. Hinsichtlich einer möglichen Anteilsfinanzierung durch den Landkreis Aurich ist die Erwartungshaltung nach oben hin offen.

Vorsitzende Kleinert ist ebenfalls der Meinung, dass eine Beratung in den Fraktionen notwendig ist. Sie appelliert an die Mitglieder der einzelnen Fraktion, eine mögliche anteilige Finanzierung durch den Landkreis Aurich zu thematisieren, damit hoffentlich in der kommenden Kreistagssitzung ein positives Signal gesendet werden kann und noch in diesem Jahr wie geplant eine Grundsteinlegung erfolgen kann. Anschließend bedankt sie sich bei den Vortragenden für die intensive und gute Vorbereitung.

TOP 7 Hebammenzentrale; Bericht über den Sachstand

Frau Decker informiert die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über die Entwicklung der Hebammenzentrale. Die Eröffnung der Hebammenzentrale war ein großer Erfolg. Bereits vor der Öffnung lagen schon mehrere Anfragen vor. Die Kooperation sowohl mit den Kliniken als auch mit den hiesigen Gynäkologen funktioniert vorbildlich. Die Betroffenen sind dankbar dafür, dass die Politik in Zusammenarbeit mit der Diakonie die Einrichtung einer Hebammenzentrale unterstützt hat. Um werdende Mütter auf die Hebammenzentrale aufmerksam zu machen, wurden über 1.500 Flyer verteilt. Erfreulicherweise beteiligen sich insgesamt 25 von 29



Hebammen an der Arbeit der Hebammenzentrale. Insgesamt arbeiten 48 Hebammen im Landkreis. Davon sind 29 Hebammen freiberuflich tätig. Diese Anzahl deckt jedoch unter Berücksichtigung der Größe des Landkreises Aurich nicht den Bedarf an Hebammen. Insgesamt konnten 17 Anfragen von Schwangeren trotz intensiver Bemühungen seitens der Hebammenzentrale nicht vermittelt werden. Dem gegenüber stehen 164 erfolgreiche Vermittlungen und 258 Leistungen. Auch Frauen mit einem Migrationsuntergrund, welche die deutsche Sprache nicht beherrschen, suchen mit Hilfe eines Dolmetschers den Kontakt zur Hebammenzentrale. Bei der Vermittlung an Hebammen stellen fehlende Deutschkenntnisse jedoch keine Schwierigkeiten dar. Auch Schulen suchen für die Gestaltung des Sexualkundeunterrichtes den Kontakt zu der Hebammenzentrale. Damit Schwangere und Interessierte einen Überblick über das Angebot der Hebammenzentrale gewinnen können, wurde die Homepage „hebammenzentrale-aurich.de“ eingerichtet. Besonders im Bereich der Stadt Norden und in der Gemeinde Krummhörn ist ein Mangel an Hebammen zu verzeichnen. Es zeichnet sich jedoch erfreulicherweise ab, dass eine Hebamme aus dem Landkreis Leer sich im Landkreis Aurich niederlassen wird. Die Hebammenzentrale ist dabei unterstützend tätig, um geeignete Räumlichkeiten zu finden. Trotz der erfolgreichen Startphase und der hohen Anzahl an Vermittlungen arbeitet die Hebammenzentrale weiterhin daran, ein flächendeckendes Netzwerk aufzubauen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt arbeitet die Hebammenzentrale mit 20 Kooperationspartnern zusammen.

Abgeordneter Albrecht bedankt sich bei Frau Decker für die erfolgreiche Arbeit der Hebammenzentrale. Die Arbeit der Hebammen wird oftmals nicht ausreichend wertgeschätzt. Er bittet um Auskunft darüber, wie mit den 17 schwangeren Frauen verfahren wurde, die nicht an Hebammen vermittelt werden konnten.

Frau Decker erklärt, dass diese Frauen an die Krankenkassen verwiesen werden, um den Mangel an Hebammen anzuzeigen. Darüber hinaus wird von einer Hebamme in Aurich eine offene Sprechzeit angeboten. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass Betroffene zum Beispiel aus dem Bereich der Gemeinde Krummhörn dieses Angebot aufgrund der weiten Entfernung nicht in Anspruch nehmen.

Abgeordnete Altmann fragt nach, ob der Beruf der Hebamme ausschließlich von Frauen wahrgenommen wird oder ob auch Männer dieser Tätigkeit nachgehen bzw. eine Ausbildung anstreben.

Nach Einschätzung von **Frau Decker** gibt es aktuell keine männlichen Bewerber. In Deutschland übt derzeit nur ein Mann den Beruf der Hebamme aus. Ein weiterer Mann befindet sich in der Ausbildung. Nach Einschätzung des Deutschen Hebammenverbandes ist die geringe Anzahl an männlichen Hebammen auf die schlechte Bezahlung zurückzuführen. Durch die angestrebte Akademisierung und die dadurch erhoffte Einkommenssteigerung könnte dieser Berufszweig zukünftig auch für Männer attraktiver werden.

Abgeordneter Bargmann stellt fest, dass die Entscheidung der Politik, die Einrichtung einer Hebammenzentrale zu unterstützen, ein wichtiger Schritt gewesen ist. Anhand der präsentierten Vermittlungszahlen lässt sich die erfolgreiche und engagierte Arbeit der Hebammenzentrale in Trägerschaft der Diakonie belegen.

Vorsitzende Kleinert unterstreicht ebenfalls die wichtige Arbeit der Hebammenzentrale und wünscht Frau Decker für die weitere Arbeit viel Erfolg.

TOP 8 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Abgeordneter Strömer bittet ausdrücklich darum, dass die Aussage der Vorsitzenden Kleinert, die beiden Anträge der Kreistagsfraktion „FW/FDP“ in der übernächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu behandeln, im Protokoll festgehalten wird.

TOP 9 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 10 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:25 Uhr.

Abgeordneter Tammen verlässt die Sitzung um 16:26 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Losse
Protokollführer